

Von schlecht zu echt schlecht (echt!)

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 2002

von Sandra Nicolas

Nach gut zwei Jahren mit einer Wirtschaftswissenschaftlerin als Präsidentin stehen die Philippinen vor Rekordarbeitslosenzahlen und einer gestiegenen Armutsquote.

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo beschwerte sich kürzlich, ihr Problem bestehe ausschließlich darin schlecht gemacht zu werden.¹ Alle ihre Hinweise auf ihre guten Taten wollen jedoch nicht so recht zu den Zahlen passen.

Die Arbeitslosenquote lag mit 11,4 Prozent weit über den vom nationalen Entwicklungsplan (*Medium-Term Philippine Development Plan*) anvisierten 10 — 10,5 Prozent. Das ist seit den 1950er Jahren die höchste Quote, schlimmer als während der Wirtschaftskrisen Mitte der 70er, der 80er und Anfang der 90er.

Im Jahr 2002 betrug die Zahl der Arbeitslosen 3,9 Millionen — 220.000 mehr als im Jahr zuvor. Sie sind zu den 5,1 Millionen Unterbeschäftigten zu addieren, deren Einkommen kaum zum bloßen Überleben ausreicht. Die Anzahl dieser Geringverdienenden, der ohne feste Anstellung arbeitenden und »mithelfenden Familienangehörigen« übersteigt weiterhin die Zahl der Lohnarbeiter/innen und Angestellten und ist 2002 auf 51,3 Prozent des Arbeitskräftepotentials gewachsen (im Jahr zuvor waren es noch 50,5 Prozent).

So gibt es mehr arme und hungernde Filipinos/as als jemals zuvor. Bereits im Jahr 2000 wurde von 52,6 Millionen ausgegangen. Das waren 67 Prozent der Bevölkerung, denen nur 77 Peso (ca. 1,30 Euro oder 1,70 US-Dollar) pro Tag zur Verfügung stand. Damals lebten 16,5 Millionen unterhalb des Existenzminimums und litten täglich Hunger.

Regierungstamam

Wenn man der Regierung und ihren Apologeten zuhört, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, sie lebten auf einem anderen Planeten. Auf Pressekonferenzen, in Reden und Talkshows besingen sie hohe Wachstums- und Exportraten, eine niedrige Inflationsrate und einen scheinbar stabilen Peso — damit, so prahlen sie, gehörten die Philippinen zu den Musterknaben der Region.

Die Wirtschafts- und Entwicklungsbehörde NEDA erklärt, die Wirtschaft hätte in den ersten neuen Monaten 2002 ihre positive Wachstumsbilanz fortgeschrieben. Das Bruttosozialprodukt sei um 4,2, der Export um 5,2 Prozent gewachsen. Der Peso pendelt sich bei einem Kurs von 53 Peso für einen US-Dollar ein und die Inflationsrate von 3,2 Prozent (im November 2002) ist die niedrigste seit 1987.

Aufgrund der verquasteten Industriestruktur und der rückständigen feudalen Landwirtschaft ist das Wirtschaftswachstum und Exportwachstum aber ohne positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt geblieben.

Die hochgelobte Elektronik- und Halbleiterindustrie, auf die 70 Prozent des Gesamtexportvolumens zurückgeht, stellt gerade einmal 307.000 von mehr als 30 Millionen Arbeitsplätzen. Sie bezieht 80 — 90 Prozent ihrer Inputs aus dem Ausland. Und die Mehrzahl der ca. 700 Unternehmen ist in ausländischen Händen.

Trotz des Wachstums im Bereich Elektronik sind in den Jahren 2001-2002 in der Industrie 36 000 Stellen abgebaut worden. Im Jahr 2002 konnte dieser Sektor nur 9,5 Prozent der Arbeitskräfte absorbieren, weniger als noch im Jahr zuvor (zehn Prozent) oder gar 1960 (zwölf Prozent).

Immer noch hängen 40 Prozent der Beschäftigten, um zu überleben, davon ab, Landwirtschaft zu betreiben. Dieser Sektor verzeichnet jedoch ein verlangsamtes Wachstum und im dritten Quartal nahezu einen Stillstand bei 0,4 Prozent — seit vier Jahren die schlechtesten Werte. Gut, der Peso scheint stabilisiert — auf der Hälfte seines Wertes von 1997. Doch noch immer noch bleibt die Wirtschaft abhängig von Auslandsanleihen: Die Auslandsverschuldung belief sich im Juni 2002 auf 54,9 Milliarden US Dollar, das waren 4 Milliarden mehr als im Vorjahr. Sie macht 75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und nähert sich zusehends der 90 Prozentmarke aus der Krisenzeit Anfang der 1980er.

Die niedrige Inflationsrate selber ist auch ein Zeichen für die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise: Haushalte ohne das nötige Kleingeld tragen eben nicht zum Konsumaufschwung bei.

Aufgrund geringfügig besserer Wachstumsraten schadenfreudig auf andere asiatischen Ländern zu blicken, ist kurzsichtig. Unsere durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den letzten zehn Jahren

Der Artikel erschien am 12. Dezember 2002 in der Zeitung *bulatlat.com*.

lag unterhalb derer der meisten uns vergleichbaren Nachbarn wie Indonesien, Thailand und Malaysia. Im gleichen Zeitraum haben wir den kleinsten Industriesektor entwickelt, die langsamste Entwicklung im Fertigungssektor, die niedrigsten Spar- und Investitionsraten und den das schlechteste Verhältnis von Verschuldung zu Produktion. Wir verzeichnen die höchste Arbeitslosenquote, die größte Armut und die ausgeprägteste Ungleichheit. Und das, obwohl die Philippinen einer der eifrigsten Globalisierer der Region sind.

Globalisierungs-dickschädel

Grund für diese Entwicklungen: Keine Bewegung in punkto nationale Industrialisierung und Landreform — was durch die seit den 80ern galoppierende Handels- und Investitionsliberalisierung, Privatisierung und Deregulierung noch schlimmer wird. All das sollte eigentlich ausreichen, um eine besorgte Regierung dazu zu bewegen, die eigenen Grundsätze zu überdenken.

Die Arroyo-Regierung macht allerdings einen wenig besorgten Eindruck. »Globalisierung!« bleibt ihre ökonomische Standardantwort, »freie Marktwirtschaft« ihre Obsession.

Die Spur der Zerstörung durch globalisierungsfreundliche Maßnahmen zieht sich durch alle Bereiche. Zwei Jahrzehnte Zollsenkungen werden

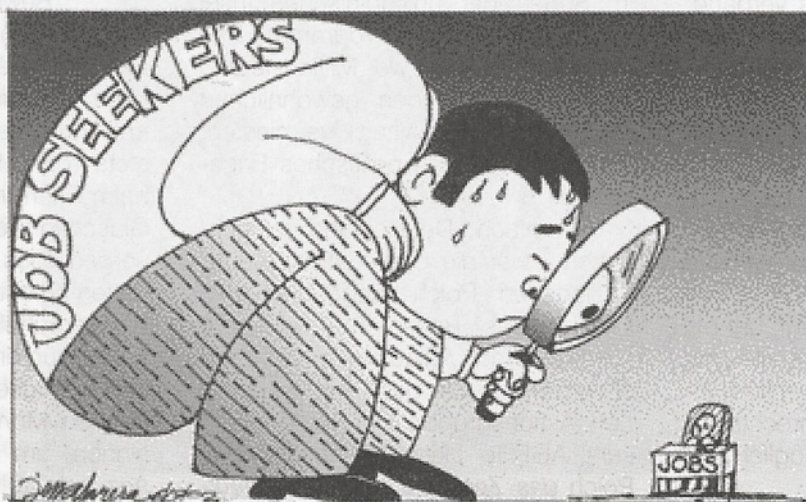
nicht ungeschehen gemacht. Vereinzelte Maßnahmen, die Globalisierung zu verlangsamen, dienen nur dazu, blutsturzartige Einnahmeverluste der Regierung zu mildern, einflussreiche Lobbygruppen wie die der Zementindustrie und der Ölindustrie zufrieden zu stellen und sind ein kläglicher Versuch, die »Verhandlungsposition« des Landes in der Welthandelsorganisation WTO zu verbessern.

Nach wie vor werden ausländischen Investoren enorme Zugeständnisse gemacht, selbst wenn sie wenig oder gar nichts zum inländischen Arbeitsmarkt, zur Technologie-

entwicklung oder zur Kapitalbildung beitragen. Dennoch waren in den ersten acht Monaten von 2002 die ausländischen Netto-Direktinvestitionen um 43 Prozent niedriger als im Jahr 2001 und betragen nur 828 Millionen US Dollar.

Die Unbeständigkeit der Finanzmärkte und die Gefahr, davon abhängig zu werden (zumal als Entwicklungsland und ohne stabile heimische Märkte) ist wohlbekannt. Und dennoch, die Regierung ist damit beschäftigt, Mechanismen zu schaffen, die Spekulation befördern. Die schlechte Lage ausnutzend werden neue Gesetze zur Absicherung und sogenannte »Sonderwege für Vermögenswerte« durchgepeitscht, um Fluchtkapital anzulocken und an sich zu binden.

Der Ausverkauf von nationalem Tafelsilber ist ungebrochen. Die Regierung übergibt auch ihre letzten zehn Prozent Beteiligung am *Malampaya Natural Gas Project* an bisher noch ungenannte ausländische Investoren. Zur Zeit sind *Shell* und *Texaco* zu je 45 Prozent beteiligt, die restlichen 10 Prozent liegen noch bei



der *Philippine National Oil Corporation*. Von offizieller Seite hört man weiterhin lautes Klagen, dass die Bergbauindustrie noch zuwenig ausländische Investoren anlockt.

Privatisierung geht in vollem Umfang weiter, und Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft werden weiter hohe Profite garantiert. Der Publicitygag von Arroyo, den umstrittenen »Strompfennig für die Privatisierung« (*purchased power adjustment*) zu reduzieren, verbirgt, dass so die Regierung und eben nicht die Energieunternehmen die Milliardenverbindlichkeiten der *Power Sector*

Assets and Liabilities Management Corporation schultert. Einem der beiden Wasserversorger in Metro Manila, *Manila Water*, wurde für Januar 2003 eine Steigerung der Preise um 25 Prozent genehmigt, was sich zu einer Preissteigerung von 500 Prozent seit 1997 summiert (Siehe: *All-heimmittel oder schleichendes Gift, südostasien 4/02, S. 76ff.*).

Das Haushaltsdefizit, das ständig steigt und am Ende des Jahres vielleicht 230 Milliarden Peso erreicht, wird im Wesentlichen durch die mangelhaften Vorgaben der Regierung erzeugt. Zollsenkungen und haushaltspolitisch verankerte Lockangebote an ausländische Investoren haben mehr dazu beigetragen, die staatlichen Einnahmen schwinden zu lassen als die Korruption.

Es zeichnet sich ab, dass selbst in der Verfassung angelegte Bestimmungen wie die des Schutzes vor ausländischer Investition für Land und Boden, für die Medien, Versorgungsbetriebe, Bodenschätze und des Schutzes vor unfairen Wettbewerb und Handelpraktiken ins Visier geraten, um mit der Globalisierung konform zu gehen.

Der Haushaltsplan der Regierung für 2003 bezeugt die verwirrte Prioritätenliste der Regierung: Die Ausgaben für den Schuldendienst und für das Militär werden erhöht, die für Bildung, Gesundheit und Wohnraum werden auf das Niveau von vor 1997 heruntergefahren. Landwirtschaft und Landreform erhalten weniger als in 1987 (!) und dabei ist die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf bereits die niedrigste seit dem Ende der 70er Jahre. Die sozialen Ungerechtigkeiten auf dem Lande halten sich hartnäckig.

Übersetzung von
Katharina Stahlenbrecher

Anmerkung

- 1) Am 30.12. 2002 erklärte Arroyo schließlich ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2004.